

***„Anforderungen an eine optimale Unterstützung  
kommunaler Präventionsgremien“***

von

**Thomas Müller**

Dokument aus der Internetdokumentation  
des Deutschen Präventionstages [www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)  
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der  
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

---

Zur Zitation:

Thomas Müller: Anforderungen an eine optimale Unterstützung kommunaler Präventionsgremien,  
in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen  
Präventionstages. Hannover 2010, [www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1110](http://www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/1110)

## **Anforderungen an eine optimale Unterstützung kommunaler Präventionsgremien - Sieben Standards zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention**

### **Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse von: Thomas Müller (2010)**

#### 1. Einleitung

Seit Mitte der 90er Jahre wird in zahlreichen Publikationen über die Modelle der Kommunalen Kriminalprävention berichtet. Untersuchungen zufolge (vgl. Schreiber 2007) existieren in Deutschland ca. 2000 kommunale Präventionsgremien. Darüber, dass „der kommunalen Ebene eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung erfolgversprechender kriminalpräventiver Strategien“ zukommt (Bannenberg 2005), besteht heute kaum mehr ein Zweifel. Ob „die Modelle der kommunalen Kriminalprävention geeignet sind, eine wirkungsorientierte Kriminalprävention zu betreiben“, wurde in den letzten Jahren nach Auffassung einiger kritischer Beobachter bezweifelt. (vgl. Steffen 2006) An der eigentlich „klar definierten Aufgabe der Kommunen, eine sichere und lebenswerte Umwelt in einer Gemeinde zu schaffen, da dies Grundbedingung für ein gemeinsames Zusammenleben zukünftiger Generationen ist“ (Feldes 2006), ändert sich dadurch aber nichts. Wenn dem Ansatz der Kriminalprävention auf der lokalen Ebene eine Schlüsselrolle zukommt und vereinfacht gesagt die Wege der Umsetzung noch optimierungsbedürftig sind, gilt es, die kommunalen Präventionsgremien zu fördern und zu unterstützen, um einer effektiven Kriminalprävention auf der lokalen Ebene näher zu kommen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird eine entsprechende Einrichtung auf der Länderebene benötigt. Besonders in der Gründungsphase der übergeordneten kriminalpräventiven Institutionen und Gremien wurde die Frage der Notwendigkeit von überregionalen Impulsen für die kommunale Ebene von der Landes- und Bundesebene diskutiert: „Kommunale Kriminalprävention benötigt ... nicht nur die Vernetzung vor Ort, sondern auch den überregionalen Impuls, damit zum Teil erhebliche Anlaufprobleme, ... Informationsdefizite sowie organisatorische und konzeptionelle Schwierigkeiten erfolgreich bewältigt werden können“ (Ziercke 1998, S.284). Für die zukunftsorientierte gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsvorbeugung auf Landesebene fordert *Ziercke* unter anderem „eine Schnitt- und Steuerungsstelle für die kommunale Kriminalprävention, ein Forum für die kommunalen Entscheidungsträger und eine ständige Informationsvermittlung zu den kommunalen Präventionsräten über regionale, nationale und internationale Präventionsprojekte und Erfahrungen.“ (Ziercke 1998, S. 291) Auch in der Folgezeit werden im Diskurs über die kommunale Kriminalprävention Bemühungen zur

Unterstützung der kommunalen Präventionsgremien eingefordert: „Die Kreise und Kommunen erwarten deshalb auch Unterstützung durch den Landespräventionsrat, einerseits in Form von Konzepten, Veranstaltungen und Handreichungen zur Information und problembezogenen Weiterbildung, andererseits in Form der Zuweisung von Ressourcen bzw. Information über die Möglichkeiten, Ressourcen ... zu erhalten“. (Holtmann 2004) Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Landespräventionsgremiums bzw. einer vergleichbaren Organisation auf Landesebene haben die meisten Bundesländer mittlerweile erkannt und auch realisiert. Allerdings unterscheiden sich die Einrichtungen und Gremien deutlich in Struktur, Anbindung, Zielen und Aufgaben. Die Unterstützung der Arbeit der kommunalen Gremien steht noch zu selten im Vordergrund, die Mittel und Methoden zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention sind noch lange nicht ausgeschöpft. Empirisches Material über die Bekanntheit, Erfahrungen oder gar Bewertung und Geeignetheit von Angeboten zur Unterstützung und Förderung der kommunalen Präventionsarbeit ist bislang nicht erhoben worden. Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Untersuchung war es daher, Erkenntnisse darüber zu erlangen, auf welche Art und Weise ein Landespräventionsrat kommunale Präventionsgremien optimal unterstützen kann. In den Fokus der Betrachtungen wurden dabei die folgenden Bereiche genommen: a) Bekanntheit des Angebotes, b) Praktische Erfahrungen mit dem Angebot, c) Bewertung des Angebotes, d) Optimierungsbedarf. Als Untersuchungsfeld wurde das vergleichsweise sehr umfangreiche Angebot des Landespräventionsrates Niedersachsen zur Stärkung der kommunalen Präventionsarbeit ausgewählt. Dieses erschien durchaus geeignet zu sein, die angestrebten Ziele zur Stärkung der kommunalen Präventionsarbeit zu erreichen. Aus dieser ersten Einschätzung ergibt sich die These der Untersuchung: „Das vom Landespräventionsrat Niedersachsen vorgehaltene Angebot ist in seiner Gesamtheit geeignet, die Arbeit der kommunalen Gremien zu unterstützen und zu fördern.“

Als Untersuchungsmethode wurde ein Mix aus einem quantitativen und einem qualitativen Untersuchungsinstrument eingesetzt. Der erste Schritt erfolgte in Form einer standardisierten Online-Fragebogenerhebung mit geschlossen und offenen Fragen und zeitlich danach der zweite Schritt mit dem Instrument der teilstandardisierten Experteninterviews anhand eines flexibel zu handhabenden Leitfadens. Die Fragebogenerhebung richtete sich an alle 199 dem Landespräventionsrat zum Zeitpunkt der Untersuchung bekannten kommunalen Präventionsgremien aus Niedersachsen. Die Rücklaufquote betrug 44,74 %. In den Experteninterviews wurden neun zentrale Akteure aus den kommunalen Gremien befragt. Die

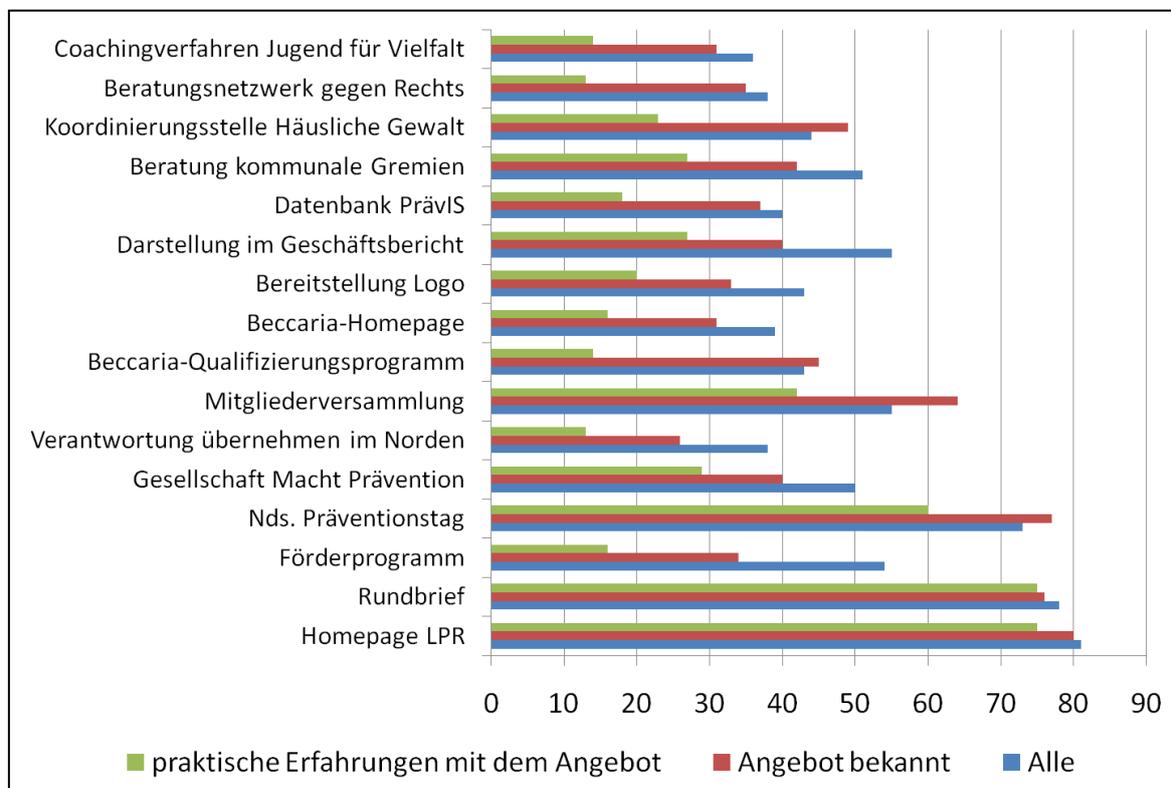
Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach unterschiedlichen Kriterien, um eine möglichst heterogene Zusammensetzung zu gewährleisten.

## 2. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung

### 2.1. Bekanntheitsgrad der Angebote

Der Bekanntheitsgrad der 16 untersuchten Angebote wies mit 32 – 99% deutliche Unterschiede auf. Nur drei der Angebote waren mit einer Quote von über 94% der überwiegenden Mehrzahl der Befragten bekannt. Am bekanntesten waren die Homepage des LPR, der Niedersächsische Präventionstag und der elektronische Rundbrief des LPR. In ihrer Gesamtheit waren die zur Bewertung stehenden Angebote weniger als der Hälfte der Untersuchungsteilnehmenden bekannt. (46,25%). Noch größere Unterschiede wurden bei den Erfahrungswerten festgestellt, die Quote der Werte lag zwischen 16 und 93%. Im Durchschnitt hatten knapp ein Drittel der Befragten (30,13 %) praktische Erfahrungen mit einzelnen Angeboten gesammelt. In der Detailbetrachtung werden deutliche Unterschiede zwischen den Erfahrungswerten der einzelnen Angebote sichtbar.

(Abb. 1: Anzahl der Bewertungen pro Angebot , n = 81)



Die Erkenntnisse aus den Interviews lassen den Schluss zu, dass die geringe Bekanntheit einiger Angebote zum einen mit der aktuellen Interessenlage *„Passt das jetzt gerade auf unsere Themen, die wir hier vor Ort haben oder es ist irgendwas ganz Neues, wo wir uns vielleicht in Zukunft mit befassen wollen oder möchten ... Dann kümmern wir uns drum.“* und Aktivität der Zielgruppe zu begründen ist. Andererseits war aber durchaus ein Optimierungsbedarf bei der internen Öffentlichkeitsarbeit und der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Angebote zu erkennen.

## 2.2. Öffentlichkeitsarbeit des LPR

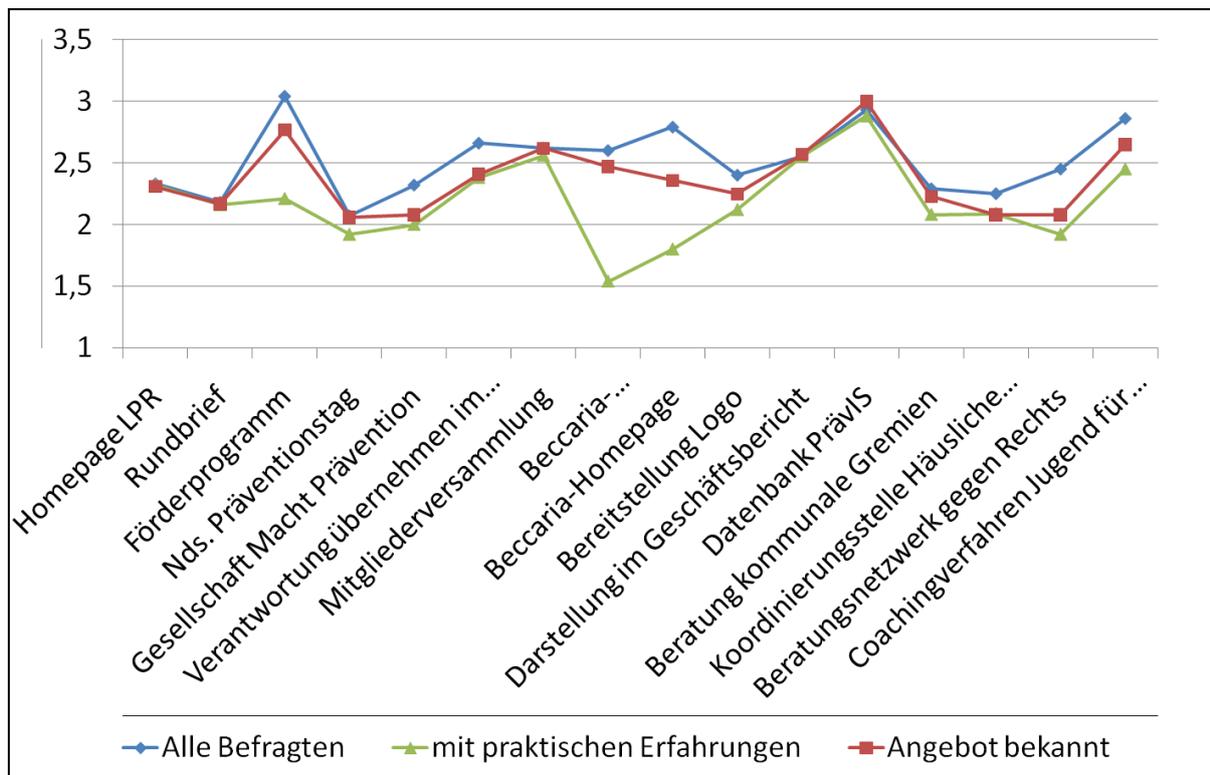
Fast alle Befragten hatten praktische Erfahrungen mit dem Rundbrief und der Homepage, abgesehen von der einer Ausnahme informierten sich acht der neun Interviewpartner regelmäßig über beide Medien. Die Interessenlage der jeweiligen Personen ist dafür ausschlaggebend, welches der Informationsangebot überwiegend oder am liebsten genutzt wird. Zur Optimierung der internen Öffentlichkeitsarbeit wurde mehrfach der zusätzliche, zum Teil bereits praktizierte Versand von Einzelmails genannt. Ebenso der Wunsch nach mehr regionalen Veranstaltungen. Bezogen auf die Teilnahme an Veranstaltungen wirkt sich eine Fahrzeit ab zwei Stunden negativ auf die Bereitschaft aus, an diesen teil zu nehmen. Für den Bereich der externen Öffentlichkeitsarbeit ist der Wunsch nach einem stärkeren Engagement des LPR klar erkennbar, insbesondere in Richtung der kommunalen Entscheidungsträger.

## 2.3. Bewertung der Angebote

Die Bewertung der 16 Einzelangebote erfolgte nach Schulnoten. Bewertet wurde die Geeignetheit des Angebotes zur Förderung und Unterstützung der Arbeit des eigenen kommunalen Präventionsgremiums. Die Auswertung erfolgte in drei Kategorien: Aus der Gesamtzahl a) aller pro Angebot abgegebenen Werte, b) derjenigen, die zuvor angeben hatten, das Angebot sei ihnen bekannt und c) derjenigen, die zuvor angegeben hatten, in den letzten Jahren praktische Erfahrungen mit dem Angebot gemacht zu haben, wurde jeweils ein Mittelwert gebildet. In der Kategorie „Alle Befragten“ ergaben sich Mittelwerte von 2,07 bis 3,04 ( $\bar{x}$  2,52). Die Bewertungen der Kategorie „Angebot bekannt“ fielen im Durchschnitt ( $\bar{x}$  2,38) besser aus, die Mittelwerte lagen zwischen 2,06 bis 3,00. Noch besser fielen die Bewertungen in der Kategorie „praktische Erfahrungen mit dem Angebot“ aus, hier lagen die

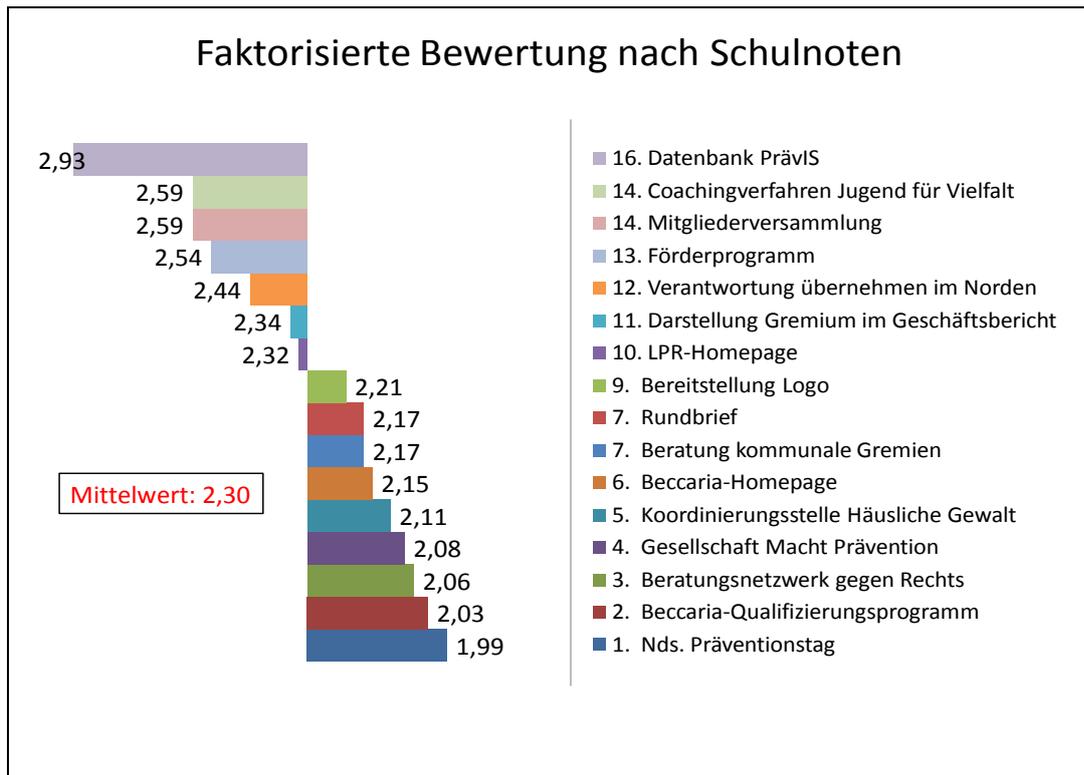
Mittelwerte zwischen 1,54 und 2,88 ( $\bar{x}$  2,19). Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Bewertungen der Angebote umso besser ausgefallen sind, je häufiger diese bekannt waren bzw. zuvor praktische Erfahrungen mit dem jeweiligen Angebot gesammelt wurden. Bei detaillierter Betrachtung pro Angebot fallen die Differenzen zwischen den Kategorien sehr unterschiedlich aus. Bei einigen Angeboten gab es fast keinen Unterschied, bei anderen fallen signifikante Differenzen auf. Die Resultate lassen den Schluss zu, dass die Qualität der Realisierung teilweise die Erwartungen an das Angebot übertroffen hat.

(Abb. 2: Bewertung der Angebote nach Schulnoten)



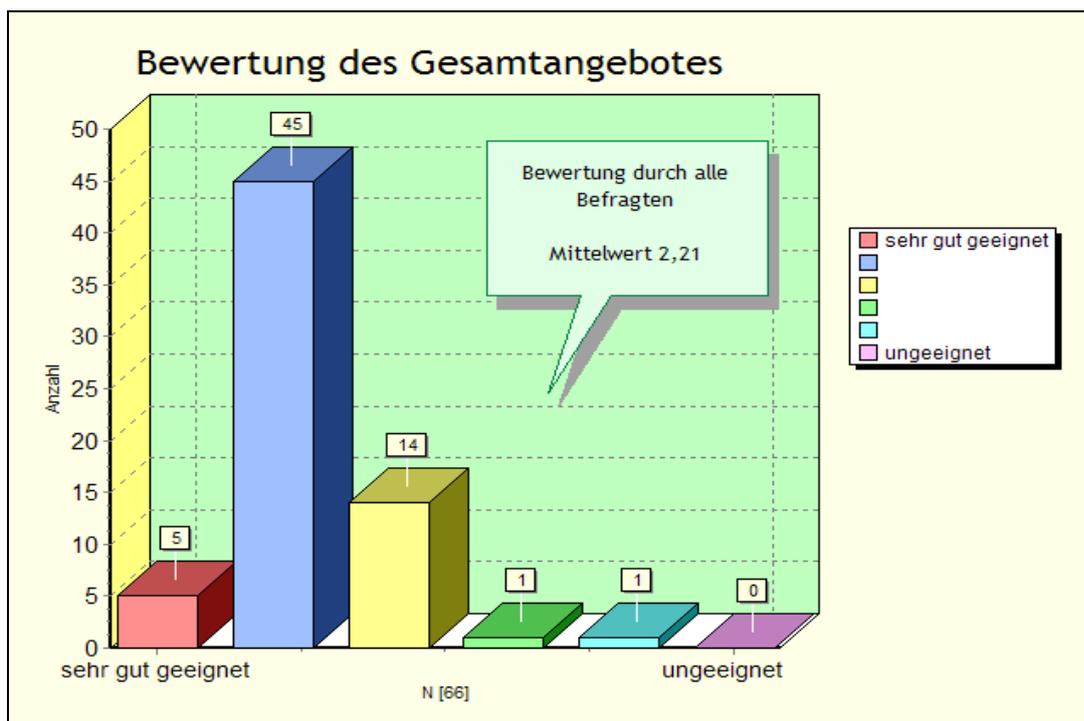
Zur Erstellung einer Gesamtnote wurden die in Abbildung 2 dargestellten Mittelwerte der Benotung aus den drei Gruppen der Befragten unter Einrechnung einer angenommenen Aussagekraft faktorisiert. Dabei sind die Bewertungen derjenigen mit vorliegenden praktischen Erfahrungen mit einem Angebot als besonders aussagekräftig und die Bewertung derjenigen, die das Angebot bis zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht kannten, mit der geringsten Aussagekraft in die Gesamtbewertung eingeflossen. Die Mittelwerte der Benotungen der Gruppe „aller Befragten“ wurden mit dem Faktor x 1, die Gruppe „Angebot bekannt“ mit dem Faktor x 2 und die Gruppe „mit praktischen Erfahrungen“ mit dem Faktor x 3 in die Gesamtbewertung eingerechnet.

(Abb. 3)



Die Bewertung des Gesamtangebotes bezüglich der Geeignetheit zur Unterstützung und Förderung der Arbeit der kommunalen Gremien erfolgte ebenfalls nach dem Schulnotenprinzip, gewertet wurden die Antworten aller Befragten.

(Abb.4)



Das mit der Benotung zwei minus (2,21) noch gute Ergebnis der Bewertung des Gesamtangebotes aus der schriftlichen Befragung wird durch die Erkenntnisse des qualitativen Teils der Untersuchung im Wesentlichen bestätigt. Ein Beispiel: *„Ja, für mich ist der Landespräventionsrat Niedersachsen das Dienstleistungszentrum, das ich brauche, um die Präventionsarbeit entsprechend machen zu können.“* Insgesamt betrachtet fallen die Beurteilungen des „Gesamtpaketes“ Landespräventionsrat überwiegend positiv aus. Seine Existenz und sein Gesamtangebot werden von den Befragten mit großer Mehrheit als Stärkung der Arbeit der kommunalen Gremien wahrgenommen: *„Allgemein betrachtet ist es denke ich schon so, dass die Arbeit des LPR ganz wichtig für die Gesamtstimmung und .. die Bedeutung von Präventionsarbeit in Land Niedersachsen (ist) .. auch durch Aktivitäten, durch die Präsenz, durch die Veröffentlichung, durch die politische Arbeit in den Kommunen .. Man ist nicht der Einzelkämpfer, sondern Prävention hat eben einen Stellenwert im Land“.* Die kommunalpolitische Wirkung des „übergeordneten“ Landespräventionsrates wird mehrfach erwähnt: *Also für uns .. die kommunale Prävention .. da spielt der LPR schon ne' entscheidende Rolle. Gerade, wenn es darum geht, hier auf der lokalen politischen Ebene .. Dinge umzusetzen .. und auch fördern zu lassen .. somit .. hat das schon .. einen gewaltigen Wert.“* Einer der Befragten verknüpft den beschriebenen kommunalpolitischen Einfluss des LPR mit einem vermuteten landespolitischen Gewicht des LPR: *„ohne LPR .. wären wir hier alle noch nicht soweit. Wären die ganzen Kommunen nicht soweit .. auch, wenn der Minister immer sagt, wir müssen Prävention machen .. Wenn die nicht immer so dahinter her wären .. also der LPR jetzt, wären wir lange nicht soweit .. das glaube ich.“*

### 3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der Beurteilung des Gesamtangebotes sowie der Rolle des Landespräventionsrates Niedersachsen lassen den Schluss zu, das dieser durch sein Wirken und sein Angebot erheblich zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention beiträgt. Die These der Untersuchung *„Das vom Landespräventionsrat Niedersachsen vorgehaltene Angebot ist in seiner Gesamtheit geeignet, die Arbeit der kommunalen Gremien zu unterstützen und zu fördern“* wird durch die Ergebnisse der Untersuchung eindeutig bestätigt. Die erlangten Erkenntnisse belegen, auf welche Art und Weise ein Landespräventionsrat kommunale Präventionsgremien unterstützen und fördern kann. Eine optimale Unterstützung der kommunalen Gremien wird durch das Angebot des

Landespräventionsrates Niedersachsen dennoch nicht erreicht. Die zusammengetragenen Optimierungs- und Ergänzungsvorschläge lassen wie auch die Benotung des Gesamtangebotes erkennen, dass es selbst bei dem umfangreichen Angebot des Landespräventionsrates Niedersachsen noch „Luft nach oben“ gibt. Die Befragten zeigen diverse Möglichkeiten auf, einer optimalen Unterstützung noch näher zu kommen. Die Untersuchung belegt zudem einen relativ geringen Bekanntheitsgrad der Angebote zur Unterstützung und Förderung der kommunalen Gremien und den daraus resultierenden Optimierungsbedarf im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Wobei davon auszugehen ist, dass die Untersuchung selbst bereits zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Angebote beigetragen hat. Für die zusammenfassende Bewertung des untersuchten Angebotes ist die Note „zwei minus“ aus dem quantitativen Teil der Erhebung für das Gesamtangebot als zutreffende Wertung zu betrachten.

#### 4. Standards zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention

Bezogen auf die Strukturen der Kriminalprävention in Deutschland wird am Beispiel des Landespräventionsrates Niedersachsen deutlich, wie bedeutsam eine klar definierte Aufgabenstellung für die unterschiedlichen Ebenen der Kriminalprävention ist. Es ist notwendig, die Modelle der kommunalen Kriminalprävention durch überregionale Impulse einer auf der Landesebene angesiedelten Fachstelle zu stärken, um einer wirkungsorientierten Kriminalprävention auf der kommunalen Ebene näher zu kommen. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung belegen den hohen Stellenwert der Unterstützungsleistungen der Landesebene für die kommunale Ebene, deren Schlüsselrolle für die Kriminalprävention wiederum unbestritten ist. Auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse wurden als Essenz der Untersuchung die nachfolgend beschriebenen Standards zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention durch die Länderebene entwickelt. Die 7 Standards sind als Empfehlungen zu verstehen und in erforderliche und wünschenswerte Angebote unterteilt. Die ersten drei erforderlichen Angebote beschreiben den notwendigen Minimalstandard zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention, jedes wünschenswerte Angebot des erweiterten Standards steigert den Grad der Stärkung der kommunalen Kriminalprävention.

Minimalstandard zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention:

- Aktives Informationsmanagement

Regelmäßige aktive Informationssteuerung an die kommunalen Gremien und ständiges Vorhalten einer zugänglichen Recherchemöglichkeit. Bewährt hat sich hier, über einen E-Mail-Verteiler regelmäßig in Bezug auf die Bedürfnisse der kommunalen Kriminalprävention ausgewertete und zusammengefasste Informationen in Form eines elektronischen Rundbriefes (Newsletters) sowie zusätzliche aktuelle Einzelinformationen zu streuen. Zudem erforderlich ist eine aktuell gehaltene Internetseite, auf der nach den im Land verfügbaren Informationsmaterialien, Angeboten, Unterstützungsleistungen sowie nach Kontaktadressen und Ansprechpartnern etc. recherchiert werden kann.

- Ständiges Veranstaltungsmanagement

Regelmäßige Organisation von kleineren Fachtagen und einer jährlichen Großveranstaltung auf der Länderebene in Form eines Landespräventionstages, der als Forum für die Akteure der kommunalen Kriminalprävention dient, den Erfahrungsaustausch fördert, Partner in der Prävention zusammenführt und über aktuelle Entwicklungen und grundsätzliche Fragen in der Prävention informiert.

- Beratungs- und Servicestelle

Vorhalten einer fachlich kompetenten, zeitnah erreichbaren Beratungs- und Servicestelle, welche sowohl zu inhaltlichen als auch strukturellen Fragen in Bezug auf die Bedürfnisse und Anforderungen der kommunalen Kriminalprävention berät, fachspezifische Publikationen bereithält, Informationen und Kontakte vermittelt sowie die Konzeption von kommunalen Projekten unterstützt.

Erweiterter Standard zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention:

- Fort- und Weiterbildungsangebote

Organisation spezieller, auf die Anforderungen der kommunalen Kriminalprävention ausgerichtete arbeitsfeld- und ressortübergreifende Weiterbildungsmaßnahmen zur Qualifizierung der Akteure der kommunalen Kriminalprävention. Bewährt haben sich sowohl umfassende, kriminalpräventives Basiswissen vermittelnde und berufsbegleitende Angebote wie auch Tages- oder Halbtagesfortbildungen für die besonders auf die Vertreter der kommunalen Gremien zugeschnittene Themenfelder.

- Themenspezifische Fach- und Koordinierungsstellen

Einrichtung themenspezifischer Fach- und Koordinierungsstellen für arbeitsfeldübergreifende Themen der kommunalen Kriminalprävention als Ergänzung zur Beratungs- und Servicestelle. Aufgaben sind die Unterstützung der kommunalen Gremien bei der Entwicklung und Verstetigung der Präventionsarbeit vor Ort, Beratungs- und Referententätigkeit, Organisation von regelmäßigen Fachtagungen sowie das Erstellen und Bereithalten von Fachpublikationen.

- Referentenpool

Vorhalten und vermitteln ausgewählter und kompetenter Fachreferenten für die Themenfelder der kommunalen Kriminalprävention, welche auf Anforderung vor Ort in den Kommunen tätig werden können, ohne den kommunalen Gremien Kosten zu verursachen.

- Förderprogramm

Impulssetzung durch niedrigschwellige Förderung der Implementierung nachweislich wirkungsorientierter Programme und Maßnahmen. Förderung der Evaluation von innovativen und qualitativ hochwertigen kommunalen Projekten. Indirekte finanzielle Hilfen für die kommunalen Gremien durch kostenneutrale Veranstaltungen, Fort- und Weiterbildungsangebote sowie das Entsenden von ausgewählten Fachreferenten.

## Literatur

*Bannenberg, Britta (2005):* Kommunale Kriminalprävention, Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages, S. 1, Mönchengladbach

*Van den Brink, Henning (2005):* Kommunale Kriminalprävention, Mehr Sicherheit in der Stadt, S. 110, Frankfurt

*Van Elsbergen, Gisbert (2005):* Chancen und Risiken kommunaler Kriminalprävention, Eine qualitativ-empirische Analyse, S. 142, Wiesbaden

*Feltes, Thomas (2006):* Kommunale Kriminalprävention gegen weltweiten Terrorismus? in: Feltes, Thomas, Pfeiffer, Christian, Steinhilper, Gernot: Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, S. 835, Heidelberg

*Hannuschka, Elke (2009):* Kommunale Kriminalprävention in Mecklenburg-Vorpommern, Eine empirische Untersuchung der Präventionsgremien, S. 81-84, Godesberg

*Holtmann, Dieter (2004):* Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potenzialen, S. 46, in: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung, Potsdam

*Kerner, Hans-Jürgen, Jehle, Jörg-Martin, Marks, Erich (1998):* Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland: Allgemeine Trends und bereichsspezifische Perspektiven; zugleich: Dokumentation des 3. Deutschen Präventionstages in Bonn vom 5.-7. Mai 1997, Mönchengladbach

*Landespräventionsrat Niedersachsen (2007):* Bericht des Landespräventionsrates Niedersachsen 2006 – 2007, Hannover

*Marks, Erich (2006):* Die Entwicklung des Landespräventionsrates von 1978 bis 2005, in: Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind, Hrsg.: Feltes, Pfeiffer, Steinhilper, S.1045f., Heidelberg

*Rössner, Dieter (2006):* Zahlt sich kommunale Prävention auf die Dauer für die Kommunen aus? Festvortrag anlässlich des 10jährigen Bestehens des Frankfurter Präventionsrates, Frankfurt <http://www.gewalt-sehen-helfen.de/10Jahre/Festakt10Jahre/VortragRoessnerFrankfurt.pdf> (Zugriff am 30.12.2009)

*Schreiber, Veronica (2007):* Lokale Präventionsgremien in Deutschland, Frankfurt am Main

*Steffen, Wiebke (2006):* Kriminalprävention in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte? in: Feltes, Thomas, Pfeiffer, Christian, Steinhilper, Gernot: Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, S. 1145-1146, Heidelberg

*Ziercke, Jörg (1998):* Kriminalitätsvorbeugung – Erfordernis eines bundesweiten Präventionsgremiums, in: Kerner, Hans-Jürgen / Jehle, Jörg-Martin / Marks, Erich: Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland, Godesberg

## Die Gesamtfassung der Untersuchungsergebnisse

*Müller, Thomas (2010):* Anforderungen an eine optimale Unterstützung kommunaler Präventionsgremien kann unter [www.lpr.niedersachsen.de](http://www.lpr.niedersachsen.de) heruntergeladen werden.